

Auf ein Wort, Europa!

In der gegenwärtigen Debatte um Europa gibt es viele Ansichten, die auf Vorurteilen und Halbwahrheiten beruhen. Ein Teil dieser Vorurteile und Halbwahrheiten sollen mit dieser Argumentationshilfe nun ausgeräumt werden.

Europa bringt mir persönlich doch gar keine Vorteile ...

Wir haben uns schon so an die Vorteile der Europäischen Union gewöhnt, dass wir sie für selbstverständlich halten. Der größte Gewinn: die Europäische Union ist heute der Garant des Friedens für jeden von uns. Vor 60 Jahren führten viele der Länder, die heute partnerschaftlich und friedlich miteinander leben, noch erbitterte Kämpfe. Frankreich und Deutschland galten sogar als Erbfeinde. Was heute selbstverständlich erscheint, war lange Zeit undenkbar: Frieden im Zentrum Europas. Dass Frieden aber alles andere als selbstverständlich ist, haben uns die kriegerischen Auseinandersetzungen auf den Balkan vor wenigen Jahren gezeigt. Deshalb haben Deutschland und die EU die mittel- und osteuropäischen Staaten bei dem Aufbau ihrer eigenen Demokratien unterstützt, und tun gegenwärtig Gleiches bei den Nachfolgestaaten Jugoslawiens.

Aber auch wirtschaftlich profitieren wir, etwa durch die enorme Auswahl an Produkten und Dienstleistungen, die dank des Wegfalls der Zölle günstiger angeboten werden können als es sonst möglich wäre. Zudem bietet der große Binnenmarkt mit inzwischen über 450 Mio. Konsumenten gerade für die starke deutsche Industrie große Absatzchancen. Aber auch der einzelne Bürger genießt zahlreiche Vorteile. Heute ist es ganz selbstverständlich, Urlaub im europäischen Ausland machen zu können, ohne lästige Grenzkontrollen über sich ergehen lassen zu müssen oder Geld umzutauschen. Jedem EU-Bürger steht es frei, sich überall in der EU aufzuhalten, zu arbeiten oder sich als Selbstständiger niederzulassen. So verlegen viele Bürgerinnen und Bürger aus Deutschland oder dem Norden Europas ihren Alterswohnsitz problemlos ans Mittelmeer. Dank der Unionsbürgerschaft kann man sich auch in den anderen Mitgliedsstaaten am demokratischen Leben beteiligen, da man dort, wo man dauerhaft lebt, an Kommunal- und Regionalwahlen teilnehmen kann. Wie Jean Monnet zum europäischen Einigungsprozess sagte, „Wir formen keine Koalitionen zwischen Regierungen, wir vereinigen Menschen“.

Deutschland ist doch nur der Zahlmeister Europas ...

Weil die EU selbst keine Steuern erheben kann, ist sie größtenteils auf Beitragszahlungen aus den Mitgliedstaaten angewiesen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Der Haushalt der EU macht gegenwärtig ungefähr 100 Mrd. Euro aus, was etwa 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens aller 25 Mitgliedsstaaten entspricht. Jedes Mitgliedsland zahlt einen spezifischen Beitrag an die EU-Kasse in Brüssel. Gleichzeitig fließt aber ein großer Teil dieser Mittel in die Länder zurück. Zahlt ein Land mehr Beiträge, als über die Ausgabenprogramme zurückkommen, ist es ein sog. Nettozahler. Weil Deutschland als

größter Mitgliedsstaat auch das größte Bruttonationaleinkommen hat, überweist es den größten Betrag an die EU, bekommt aber auch – insbesondere für die Förderung in Ostdeutschland – einen beträchtlichen Teil der Mittel zurück. Deutschland ist also tatsächlich Nettozahler, absolut gesehen sogar der größte. Rechnet man die Summen aber auf die Bevölkerungszahlen der Länder um, zeigt sich, dass die Niederländer die größten Nettozahler der Europäischen Union sind. Auch Schweden und Luxemburger zahlen pro Kopf mehr für Europa als die Deutschen.

Deutschland hat doch gar keine Vorteile von den Zahlungen ...

Zum einen werden durch die Zahlungen aus den EU-Programmen auch in Deutschland ökonomisch schwache Regionen beim Aufbau von wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstrukturen unterstützt. Zum anderen werden die Aufträge, die in strukturschwachen Regionen - etwa in Griechenland oder Polen - durch EU-Mitteln mitfinanziert werden, häufig von deutschen Unternehmen ausgeführt, so dass Deutschland auch von diesen Zahlungen mittelbar profitiert.

Der Euro ist ein Teuro ...

Durch die Einführung einer gemeinsamen Währung hat sich für viele Unternehmen das Wechselkursrisiko verringert, weil grenzüberschreitend mit ein und derselben Währung bezahlt werden kann. Volkwirte sind sich einig, dass die deutsche Wirtschaft von der Umstellung profitiert hat und mit der D-Mark schlechter gefahren wäre. Auch der Verbraucher profitiert durch den Euro. Weil Preise leichter verglichen werden können, werden viele Produkte heute günstiger angeboten als früher. Gerade im Bereich der Telekommunikation, bei Autos und anderen langlebigen Gütern sind die Preise gefallen. Leider haben einige Bereiche wie in der Gastronomie oder manche Dienstleister die Währungsumstellung zu einer verkappten Preiserhöhung ausgenutzt. Gerade diese Preissteigerungen werden von den Menschen deutlich wahrgenommen, während Preissenkungen in anderen Bereichen kaum Beachtung finden. In der Summe hat sich dies auf die Inflationsrate nicht negativ ausgewirkt. Im Gegenteil, der Euro hat eine stabilere Kaufkraft als noch die D-Mark. Die Inflationsrate liegt seit Einführung des Euros unter 2 Prozent, während die durchschnittliche Inflation der D-Mark in den letzten 30 Jahren dagegen bei über 3 Prozent lag. Ohne den Euro würden insgesamt die Preise nicht die Effizienz von Unternehmen widerspiegeln, sondern die Volatilität der Finanzmärkte.

Europa ist undemokratisch ...

Die Kompetenzverteilung bei der Gesetzgebung in Europa ist auf den ersten Blick verwirrend. Dabei ist es im Grundsatz recht einfach: die EU-Kommission schlägt europäische Gesetze (Richtlinien und Verordnungen) vor, erlassen werden diese gemeinsam vom Europaparlament und von den im Ministerrat vertretenen Regierung der Mitgliedsstaaten. Das von den Menschen direkt gewählte Europaparlament wird häufig unterschätzt, denn ohne seine Zustimmung tritt kein neues europäisches Gesetz in Kraft. Das Parlament teilt sich auch die wichtige Haushaltsfunktion mit dem Rat und kann daher mitentscheiden, wofür die EU ihr Geld ausgeben soll. Das Parlament beeinflusst zudem die Zusammensetzung der EU-Kommission. Sowohl deren Präsident als auch die Kommission als Ganzes bedarf der Zustimmung des Parlaments. Bei Verfehlungen kann es sogar durch einen Misstrauensantrag

die Kommission zu Fall bringen. Unsere Volksvertreter können daher eine ganze Menge mitentscheiden. In den Medien wird davon allerdings wenig berichtet.

Europa reguliert zu viele Dinge ...

Oftmals hat man den Eindruck, dass die EU zu viele Dinge regelt, die sie entweder nichts angehen oder die überflüssig sind. Ist eine „Gurkenverordnung“, die Kriterien für Größe, Krümmung und Farbe von Gurken festlegt, wirklich notwendig? Auch wenn diese Regelung für den Verbraucher zunächst überflüssig erscheint, sind die Unternehmen, die mit Gurken handeln, davon begeistert, weil die alten und chaotischen Einordnungen in verschiedene Handelsklassen, die jedes Mitgliedsland selbst vornahm, nun endlich durch eine einheitliche und allgemein gültige Regelung ersetzt wurde. Damit kann der Großhandel die Gurken leichter verarbeiten und vertreiben und damit kostengünstiger an den Endverbraucher weitergeben, der so letztlich doch profitiert.

Die EU-Osterweiterung bringt Deutschland nur Nachteile ...

Fast täglichen werden Horrormeldungen verbreitet, Arbeitsplätze seien in Billiglohnländer abgewandert und dies sei die Folge der Osterweiterung. Diese Entwicklung ist aber größtenteils unabhängig von der Osterweiterung, sie ist vielmehr Folge der Globalisierung. Die zunehmende Verflechtung in der Weltwirtschaft, die verstärkte internationale Arbeitsteilung auf praktisch jeder Wertschöpfungsebene und das Entstehen neuer Wirtschaftsmächte wie China oder Indien erzeugen einen erhöhten Wettbewerbsdruck. Die entstehenden Auswirkungen, insbesondere negative Entwicklungen wie Arbeitsplatzverluste und -verlagerungen, werden fälschlicherweise der Osterweiterung zugerechnet. Tatsächlich sind durch die Osterweiterung mit ihren Impulsen für den Exportsektor und der Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen positive Effekte gesichert und negative Auswirkungen verhindert worden.

Einerseits nutzen gerade die deutschen Unternehmen die Chance der Erweiterung: dank des Wegfalls von Zöllen, Grenzkontrollen und einem Mehr an Rechtssicherheit bauen heute fast drei Viertel aller Unternehmer ihre Aktivitäten dort aus. Der Exportweltmeister Deutschland konnte seine Ausfuhren in diese Regionen letztes Jahr um 8,3 Prozent steigern. Diese erreichen damit mittlerweile die Größenordnung des deutschen Exports in die USA. Aufgrund des gesteigerten Exports in die mittelosteuropäischen Länder konnten schon ungefähr 80.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden.

Andererseits wurde das Recht der Bürger aus den neuen Mitgliedsstaaten, in Deutschland arbeiten zu können, für eine lange Übergangszeit stark eingeschränkt. In einigen Wirtschaftsbereichen wurde zudem die Dienstleistungsfreiheit für mehrere Jahre ausgeschlossen. Missbrauchsfälle, die es leider zweifelsohne gibt, gehen daher nicht auf die Erweiterung als solche zurück, sondern auf illegale Praktiken auch und gerade von deutschen Unternehmen. Diese werden streng bekämpft, beispielsweise durch die vom Bundeskabinett eingerichtete Task Force.

Unter dem Strich bleibt die Osterweiterung die richtige Entscheidung. Ohne die Mitgliedschaft dieser Länder in der EU hätten wir keinerlei Einfluss auf die dortigen Entwicklungen gehabt.